

## **A n t r a g**

**der Fraktion der AfD**

### **Religionsfreiheit schützen - Übergriffe auf christliche Asylbewerber verhindern**

- I. Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag Bericht zu erstatten über
  1. religiös motivierte Straftaten in den Landeserstaufnahmestellen und Asylbewerberunterkünften Thüringens, aufgeschlüsselt nach verschiedenen Straftatenobergruppen (Straftaten gegen das Leben, Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, Rohheitsdelikte und Straftaten gegen die persönliche Freiheit etc.);
  2. Übergriffe auf Christen in den Thüringer Landeserstaufnahmestellen und Asylbewerberunterkünften;
  3. die geschätzte Dunkelziffer der religiös motivierten Straftaten sowie Übergriffe;
  4. Präventionsmaßnahmen der Landesregierung, um den o.g. religiös motivierten Straftaten und Übergriffen vorzubeugen.
  
- II. Die Landesregierung wird aufgefordert,
  1. Maßnahmen zu ergreifen, um die Ausbreitung salafistischer Propaganda in den Landeserstaufnahmestellen und Asylbewerberunterkünften zu verhindern und die Mitarbeit von Extremisten - insbesondere Salafisten - in solchen Aufnahmestellen und Unterkünften zu unterbinden;
  2. Fluchträume zum Schutz vor Übergriffen einzurichten;
  3. die festgestellten Straftaten konsequent zu verfolgen.

#### **Begründung:**

Niemand darf in Deutschland wegen seines Glaubens diskriminiert und/oder bedroht werden. Immer wieder wird von Übergriffen auf Christen in den Landeserstaufnahmestellen und Asylbewerberunterkünften berichtet. Insbesondere zum Christentum konvertierte Muslime sind Diskriminierungen und Übergriffen ausgesetzt. Nach Auskunft der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte besteht für Christen ein sehr hohes Risiko, Opfer von Übergriffen zu werden. Jüngste Beispiele sind die Angriffe von mehreren muslimischen Wachschutzmitarbeitern auf iranische Christen in Berlin.

In Thüringen wurden die gewalttätigen Ausschreitungen in Suhl am 19./20. August 2015 durch einen religiösen Konflikt ausgelöst, in dessen Folge ein zum Christentum konvertierter afghanischer Asylbewerber vor seinen muslimischen Mitbewohnern durch massiven Polizeieinsatz geschützt werden musste.

Häufig werden Hass und Gewalt auf bzw. gegen Christen von Salafisten geschürt, die in den Unterbringungseinrichtungen für Asylbewerber Anhänger rekrutieren wollen. Durch die religiös-extremistische Einflussnahme von außen werden bestehende Konflikte instrumentalisiert und verschärft. Vor diesem Hintergrund ist es besorgniserregend, dass sich auch in Thüringen Salafisten unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe Zugang zu Landeserstaufnahmestellen und Asylbewerberunterkünften verschafft haben.

Religiös motivierte Übergriffe müssen strafrechtlich verfolgt und konsequent geahndet werden. Jedem Anfangsverdacht auf religiös bedingte Diskriminierung ist nachzugehen.

Für die Fraktion:

Möller